

DPoIG fordert umfassende Dienstrechtsreform im gehobenen Dienst

Die Leser(innen) des POLIZEI-SPIEGELS wissen, dass wir die laufbahn- und besoldungsrechtlichen Rahmenbedingungen immer im Blick haben. Nachdem aktuell die Verhandlungen für den mittleren Dienst und für das Eingangsamt im gehobenen Dienst laufen, hat die DPoIG ihre bisherigen zentralen Forderungen erneuert und erweitert. Eingeschlossen sind Analysen zum 4-Säulen-Modell. Etwa die Tatsache, dass Beamtinnen und Beamte in der letzten Erfahrungsstufe und im Endamt (A11 oder A13) nicht oder kaum von der 1. Säule (Eingangssämter mD/gD und Endamt mD) sowie von der 2. Säule (Besoldungsordnung)

und nur bedingt von der 4. Säule (Familienzuschlag des zweiten Kindes) partizipieren. Ziel ist eine umfassende Dienstrechtsreform, die insbesondere den gehobenen Dienst in den Mittelpunkt stellt.

► A13 plus Zulage schaffen

Bei der Bundespolizei beträgt diese Zulage circa 330 Euro (ruhegehaltfähig). Die DPoIG fordert, 30 Prozent der aktuell 1200 Stellen, in A13, das heißt 400 Stellen mit einer Zulage höher zu bewerten. Die DPoIG hatte das erstmals 2021 gefordert.

► Bewertungsüberhänge (A12 und A13) abbauen

Bei der Einführung der Dienstpostenbewertung und der Bewertungsüberhänge in Höhe von 20 Prozent wurde von der Politik zugesagt, dafür die Beförderungsstellen zu schaffen. Bei A13 handelt es sich um circa 240 und in A12 um circa 456 zusätzlich zu schaffende Beförderungsstellen. Diese DPoIG-Forderung stammt aus dem Jahr 2019.

► Durchschlüsselung in A11 bis A13

Am 1. Dezember 2022 befinden sich 50 Prozent des gesamten gehobenen PVD (7400) in der Besoldungsgruppe A10. Bisher befanden sich 20 Prozent im Eingangsamt (A9) des gehobenen PVD. Die DPoIG fordert eine Begrenzung der POK-Stellen auf 20 Prozent und eine Höherbewertung der anderen 30 Prozent nach A11 bis A13 sowie eine volle Durchschlüsselung aller Stellen. Aufgrund der Höherbewertung



© DPoIG BW

der 2 220 Stellen (aus A10) ergeben sich aufgrund der Nachzugsbeförderungen je nach Schlüsselungen von A11 bis A13 (Z) weitere Beförderungsmöglichkeiten.

► Etatisierung von 900 zusätzlichen PVD-Stellen

Die in der letzten Legislaturperiode beschlossene Schaffung von 900 Stellen wurden noch nicht im Haushalt eingestellt. Diese müssen im gehobenen PVD ausgewiesen und ebenfalls voll durchgeschlüsselt werden.

► Dienstpostenbewertung

Infolge der Schlüsselung können und müssen die bisher im gehobenen PVD für HfPol-Absolventen vorgesehenen Funktionen bis A11 mindestens bis A12 angehoben werden (beispielsweise Dienstgruppen-/Postenführer, Klassen-/Fachlehrer/Dozenten, Sachbearbeiter). Die bisher bis A12 begrenzten Dienstposten müssen bis A13 und die A13er-Dienstposten für eine Zulage in A13 geöffnet werden. Die Dienstposten im mittleren Dienst müssen neu und zukunftsorientiert so ausgerichtet werden, dass ein Aufstieg in den gehobenen Dienst bis A11 auf dem Dienstposten möglich wird.

► Verwaltungsstellen höher bewerten

Das 4-Säulen-Modell wirkt sich unmittelbar auch auf den Nichtvollzug aus. Alle Verbesserungen im gehobenen PVD müssen ebenfalls auf den Nichtvollzug übertragen werden.

► Auswirkungen der DPoIG-Forderungen

Nach unseren Berechnungen führen unsere bisherigen Forderungen (erste und zweite) zu einem Abbau des dann bestehenden POK-Bauchs und einer deutlichen Verbesserung beim restlichen gehobenen PVD mit insgesamt 3 500 Beförderungen (400 x A13+Z, 640 x A13, 1 082 x A12, 1 308 x A11). Hinzu könnten aus der Forderung zur Begrenzung der POK-Stellen (20 Prozent) und den Neustellen (900) weitere circa 4 500 Beförderungen in den Besoldungsgruppen A11 bis A13+Z kommen.

Im mittleren Dienst werden zum 1. Dezember 2022 circa 8 900 PVD-Beamte übergeleitet. Das sind circa 45 Prozent der gesamten PVD-Stellen. Nachdem der gehobene PVD circa 15 000 Stellen umfasst (53 Prozent) halten wir 8 000 Beförderungen für keine utopische Forderung.

Durch die vorgesehene Anhebung der Ämter im 4-Säulen-

Inhalt

- 2 4-Säulen-Modell: DPoIG verhandelt weiter
- 2 Landestarifvertretung setzt Arbeitsgruppe ein
- 3 Jahreshauptversammlung Kreisverband HfPol Böblingen
- 4 Pforzheimer tagen in Hemmi's Schlemmerhütte
- 4 DPoIG-Krisosprecher bei EUROPOL
- 5 Spendenstand beim „Abend der Zauberkunst“
- 6 G7-Gipfel 2022 in Elmau
- 8 Schulungen für Personalratsmitglieder fortgesetzt

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Modell entstehen dem Land im Jahr 2023 für den gesamten öffentlichen Dienst (Land) rund 99,9 Millionen Euro

Mehrkosten. Nachdem unsere Forderungen sich nur auf die Polizei erstrecken, sind wir der Auffassung, dass an-

gesichts der prognostizierten sieben Milliarden Mehreinnahmen (Steuerschätzung), die Mehrkosten finanzierbar

sind. Wie immer kommt es auf den Willen an. Unsere Ziele sind klar formuliert, dafür kämpfen wir. ■

4-Säulen-Modell: DPoIG verhandelt weiter

Die DPoIG hat die Gespräche zum bisherigen Ressortentwurf fortgeführt. Der Landesvorsit-

zende Ralf Kusterer führte dazu am 4. Mai 2022 ein Gespräch mit Ministerialdirektor Jörg Krauss.

Einig war man sich unter anderem in einer Ausgleichsmaßnahme für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die aus A9+Zulage in den gehobenen Dienst aufgestiegen sind. Diese soll bereits im Gesetzesentwurf berücksichtigt werden. Einig war man sich auch über notwendige Verbesserungen im gehobenen Dienst, die unmittelbar an die Umsetzung des 4-Säulen-Modells anschließen und in den Haushalt 2023/2024 einfließen müssen. MD Krauss sieht dabei das Innenministerium in der Pflicht, die entsprechenden Maßnahmen in die Haushaltsentwürfe einzubringen.

Klar scheint zu sein, dass das Finanzministerium an der Umsetzungsplanung zum 1. Dezember 2022 festhalten will. Nur die 3. Säule (Beihilfe) soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten. Der Grund dafür liegt in den erforderlichen Umsetzungsmaßnahmen bei den privaten Krankenversicherungsgesellschaften.

Sobald der Gesetzgebungsentwurf vorliegt, erfolgt eine weitere Detailprüfung und Gespräche über ausgemachte Defizite in der Vorlage, auch mit MD Krauss. Dies vereinbarten Kusterer und Krauss bei einem Telefonat am 24. Mai 2022. ■



> Ministerialdirektor Jörg Krauss (links) im Gespräch mit Ralf Kusterer

Landestarifvertretung setzt Arbeitsgruppe ein

Kampagne gegen schlechte Bezahlung und fehlende Wertschätzung

Edmund Schuler: „Gefühlt treten wir seit Jahren auf der Stelle. Verbesserungen konnten wir zwar durch die Schaffung höher bewerteter Neustellen, zuletzt 600, und einige Hundert Höhergruppierungen erreichen. Aber das reicht nicht aus. Der Großteil der Kolleginnen und Kollegen hat minimale Gehaltszuwächse. Das muss sich ändern.“

Seit Jahren werden Millionen Euro des Deutschen Beamtenbundes und der Deutschen Polizeigewerkschaft bei Tarifstreitigkeiten und -verhandlungen eingesetzt. Der große Erfolg einer durchgreifenden und für alle Bereiche spürbaren Verbesserung konnte leider nicht erreicht werden. Hinzu kommen

Rahmenbedingungen, wie im Renten- und Sozialrecht, die nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Inflation und der exorbitanten Miet- und Spritpreise viele Tarifbeschäftigte an die Armutsgrenze drücken.

Edmund Schuler dazu: „Wir müssen neue Wege gehen. Großdemonstrationen und Kundgebungen bringen nicht mehr den gewünschten Erfolg. Wir brauchen keine Öffentlichkeitsarbeit nach innen – jeder von uns kennt die eigene Situation. Wir brauchen wirksame Instrumente, die unsere wirtschaftliche Situation verbessern.“

Jetzt hat die Landestarifvertretung dafür eine Arbeits-



> Edmund Schuler, Landestarifbeauftragter der DPoIG, startet Kampagne.

gruppe eingesetzt, die sich einerseits den Möglichkeiten wirksamer Arbeitskämpfmaßnahmen, aber auch neuen juristischen Wegen zuwendet.

Den Vorsitz der Arbeitsgruppe übernimmt Antonio Pellegrino (Karlsruhe). Vom Geschäftsführenden Landesvorstand unterstützt der Beauftragte für Sonderaufgaben, Dirk Preis. ■



Jahreshauptversammlung Kreisverband HfPol Böblingen



© DPoIG BW

> Alter und neuer Vorstand mit Gästen und Geehrten

Am 24. Mai 2022 fand auf dem Areal der Wildermuth-Kaserne, dem Sitz des Hochschulinstituts für Fortbildung in Böblingen, die Jahreshauptversammlung statt. Zahlreiche Mitglieder waren der Einladung gefolgt, darunter der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer, der seit 1994 dem Kreisverband angehört und zu den damaligen Gründungsmitgliedern zählte. Vom Landesverband waren der Beauftragte für Sonderaufgaben, Dirk Preis, und vom benachbarten Bezirksverband Pforzheim Uwe Grandel angereist. Die Einladung und Durchführung lagen in den Händen des bisherigen Geschäftsführers Daniel Sailer und dessen designiertem Nachfolger Tobias Feucht. Für Speisen und Geträn-

ke war gesorgt, auch wenn aufgrund der Coronamaßnahmen und aus Platzgründen die Veranstaltung in einem Lehrsaal stattfinden musste.

Der amtierende Kreisverband-Vorsitzende Rolf Fauser begrüßte die Teilnehmer(innen) und erstattete einen umfangreichen Bericht über die vergangene fünfjährige Amtszeit. Er bedankte sich insbesondere bei den „Aktiven“ vor Ort, Daniel Sailer und Carola Heinrich sowie Bettina Schäfer, die sich bestens um die Belange der Mitglieder kümmerten und in den Jahren 2017 bis dato mehrere Hundert Mitglieder geworben und betreut hatten.

nahm auch die aktuelle Tagespolitik einen entsprechenden Raum ein.

Der Kassenbericht machte eindrucksvoll klar, dass der Kreisverband sorgsam wirtschaftet und gut aufgestellt ist. Nach dem Bericht der Kassenprüfer erfolgte einstimmig die Entlastung der Kassenverantwortlichen Carola Heinrich und des gesamten Vorstandes.

Die Wahlen führt Kollege Dirk Preis durch und freute sich über die einstimmigen Wahlergebnisse:

Kreisvorsitzender	Mark Wendig
Stellvertreter	Ralf Kusterer
Kreisgeschäftsführer	Tobias Feucht
Kreisschatzmeisterin	Carola Heinrich
Kassenprüferin	Yvonne Müller
Kassenprüfer	Andreas Neubert
Tarifbeauftragter	Torsten Köpschall
Frauenbeauftragte	Marion Lyßus
Seniorenbeauftragte	Bettina Schäfer

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer hob in seinen Ausführungen ebenfalls das besondere Engagement der Aktiven hervor und bedankte sich. In seinen Ausführungen streifte er die Themen Fortbildung in der Polizei ebenso wie die Zukunft der HfPol und des Fortbildungsinstituts. Natürlich

Im Anschluss an die Wahlen konnten anwesende Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt werden: Tobias Feucht (25 Jahre), Hans-Werner Klink (25 Jahre) Bettina Schäfer (25 Jahre) sowie Andreas Neubert (40 Jahre) und Ralf Kusterer (40 Jahre). Herzlichen Glückwunsch! ■

> DPoIG-Erfolg: Freifahrt für Kripobeamtinnen und -beamte

Vier Jahre hat das Innenministerium gebraucht, um endlich eine Freifahrtregelung für die Kriminalpolizei umzusetzen. Leider nur für den öffentlichen Nah- und nicht für den Fernverkehr, weshalb wir den Innenminister für das Ergebnis nach vier Jahren kritisiert haben.

Wir erinnern: Ein Gespräch im August 2018 im Staatsministerium mit dem heutigen Staatsminister und Chef der Staatskanzlei, Dr. Florian Stegmann, und am 3. September 2018 mit dem Amtschef im Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, Dr. Uwe Lahl, brachte der DPoIG den Durchbruch. Bereits am nächsten Tag lag die vorbereitete Pressemitteilung des

Verkehrsministeriums vor. Die Herausgabe der Pressemeldung war für den 27. September geplant, da am 28. September der Cannstatter Wasen begann und man damit die neue Sicherheitskonzeption verbinden wollte. Leider hatte das Innenministerium diese Planungen gestoppt.

Zwischenzeitlich musste die Freifahrtregelung mit als Begründung für die Einführung einer Kripomarkte dienen, die bereits vor fast zwei Jahren ausgehändigt wurde. Auf die Freifahrtregelung warteten wir bis jetzt. Dafür muss die Marke jetzt sichtbar bei der Bahnfahrt getragen werden, was wir ebenfalls kritisierten:

„Leider versteht unser Innenminister nicht den Wert der Kriminalpolizei, der auch im Tragen ziviler Kleidung und keiner sofortigen Erkennbarkeit liegt. Wer herumläuft wie ein Schulkunde und seine Kripomarkte wie die Fahrkarte um den Hals trägt, ist erkennbar. Das schadet dem Effekt der Kripomitfahrer.“

Wir werden uns jetzt darum bemühen, die ungenügende Regelung des Innenministeriums mit dem Bundesverkehrsminister und der Deutschen Bahn nachzubessern. Ziel ist eine Ausweitung auf alle Züge und Zugarten, so wie das auch bei uniformierten Polizeibeamten ist, das heißt auch für den ICE.



© DPoIG BW

> Teilnehmer der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Pforzheim

Pforzheimer tagen in Hemmi's Schlemmerhütte

Was für ein Name eines Tagungsortes. Und wenn dann noch der Name Programm ist, dann dürften alle Teilnehmer(innen) der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Pforzheim auch zufrieden gewesen sein. Und das waren sie auch!

Dem DPoIG-Team um den Kreisvorsitzenden Ulli (Ullrich) Arzt war es wichtig, nach Entspannungen in der Pandemie mit entsprechenden Schutzmaßnahmen so früh wie vertretbar zusammenzukommen.

Im Mittelpunkt standen dabei der Kassenbericht, der Kassenprüfbericht, die Entlastung des Vorstandes und Ehrungen. Zahlreiche Ehrungen anwesender Mitglieder konnten vorgenommen werden.

25 Jahre: Ullrich Arzt, Andreas Brandt, Tanja Kurz, Robert Lazarevic, Hans-Peter Nitschkowski, Agnes Schroth, Andreas Suttman und Andreas Witt. **40 Jahre:** Mike Bechtler, Birgit Bohny, Achim Jung, Patric Wiedmann, Heinz Zimmer. Für **50 Jahre Mitgliedschaft** in einer demokratischen Gewerkschaft wurde der ehemalige Personalratsvorsitzende der PD Pforzheim, Udo Hampel, geehrt.

Landesvorsitzende Ralf Kusterer, die Geschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert, der Bezirksvorsitzende Uwe Grandel, der Bezirksvorsitzende des Beamtenbundes Nordbaden, Dirk Preis, sowie der gesamte Kreisvorstand zur Verfügung.

Für berufs- und verbandspolitische Themen standen der

Bei fast 30 Grad war die Veranstaltung am 18. Mai 2022 sicher eine der ersten Veranstaltungen im Landesverband, bei der (unter Hygienemaßnahmen) wieder eine größere Anzahl an Mitgliedern zusammenkam. ■

DPoIG-Kriposprecher bei EUROPOL

Er ist auf der Bühne Europas und der Welt unterwegs: Rolf Fauser, DPoIG-Landesbeauftragter für die Kriminalpolizei. Fauser ist seit Jahren aktiv im European Network of Forensic Science Institutes (ENFSI), übersetzt Europäisches Netzwerk forensischer Institute, und dort Vorstandsmitglied in der European Document Expert Working Group (EDEWG/ENFSI). Fau-

ser hat dort den Vorsitz der Fachgruppe „Zerstörungsfreie Untersuchung für Druckprodukte“. Er zählt weltweit zu den Experten im Bereich der Dokumentenuntersuchungen. Dabei nutzt Rolf Fauser die ständigen internationalen Kontakte, um Impulse auch für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Im April zuerst bei EUROPOL in Brüssel und kurz darauf in Bilbao. ■



© DPoIG BW



Kreisverband BePo Göppingen unterstützt Kinder- und Jugendhospizdienst Spendenstand beim „Abend der Zauberkunst“

Die Bereitschaftspolizeidirektion Göppingen hat erneut eine Benefizveranstaltung für den ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst der Malteser organisiert und LtD. PD Volker Mössinger hatte dazu die Schirmherrschaft übernommen. Eine große Anzahl von Polizeibeschäftigten mit Freunden und Familie sowie Bürgerinnen und Bürgern folgte der Einladung und tauchte für kurze Zeit in die Welt der Illusionen ein.



© DPoIG BW

> Schirmherr LtD. PD Volker Mössinger, Polizeipräsident Anton Saile, Kreisvorsitzender Jürgen Engel (von links)

Der DPoIG-Kreisverband BePo Göppingen war mit ei-

nem Spendenstand vor Ort und erhielt regen Zulauf. Jür-

gen Engel, Kreisvorsitzender und stellvertretender Lan-

desvorsitzender, war sehr angetan von der Spendenbereitschaft und dem Interesse der Menschen.

Am Spendenstand konnten rund 350 Euro gesammelt werden, die dem Malteser Hilfsdienst für die Arbeit im Kinder- und Jugendhospizdienst bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung des DPoIG-Kreisverbandes übergeben werden sollen.

Jobticket kontra 9-Euro-Ticket

Der Deutsche Bundestag hatte mit dem Steuerentlastungsgesetz auch die Einführung des 9-Euro-Tickets für die Monate Juni, Juli und August 2022 beschlossen. Der Preis eines Monatstickets reduziert sich in den drei Monaten auf je 9 Euro. Ob bereits direkt der niedrigere Preis abgebucht wird oder

eine Erstattung erfolgt, variiert je nach Verkehrsverbund.

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) stellt bei dem zuschussberechtigten Personenkreis den Zuschuss für das Jobticket BW in Höhe von 25 Euro bis einschließlich August 2022 maschinell auf 9 Euro

um; bei den Besoldungsempfängerinnen und -empfängern wird dies bei der Bezügemittlung Juli zu einer Verrechnung führen. Eine Meldung an das LBV ist daher nicht nötig. Ab September 2022 wird der Zuschuss zum Jobticket wieder wie gewohnt ausbezahlt.

Ausgenommen sind zuschussberechtigte Personen, die im Besitz eines Tickets der Stadtwerke Konstanz GmbH Fährbetriebe und Katamaran Reederei Bodensee GmbH sind. Diese gehören nicht dem ÖPNV an. Ebenso erhalten Personen mit einem Fernverkehrsticket nach wie vor einen Zuschuss zum Jobticket von 25 Euro.



© DPoIG BW

> Oliver Auras



© ph.abay.com



© istock.com



G7-Gipfel 2022 in Elmau

DPoIG Baden-Württemberg kümmert sich



Gemeinsam mit der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hat der Landesverband Bayern ein umfangreiches Betreuungskonzept erstellt, in das Baden-Württemberg eingebunden waren. Einige DPoIGler waren fast eine Woche in Bayern zur Betreuung.



Fast 1.000 Einsatzkräfte, darunter auch Spezialkräfte, unterstützten in Elmau, teilweise mit Hubschraubern, schwerem Gerät, Polizeihunden und -pferden.



Mit Beginn des neuen Jahres hat Deutschland den Vorsitz in der G7 übernommen. Die Bundesrepublik Deutschland war damit Gastgeber des jährlichen Gipfeltreffens der G7-Staats- und Regierungschefs. Der G7-Gipfel 2022 fand vom 26. bis 28. Juni auf Schloss Elmau in den bayerischen Alpen statt. Veranstalter war die Bundesregierung, die auch das Programm und den Ablauf bestimmte.

Bayern war vor allem gefordert, soweit es um Sicherheit und Gefahrenabwehr geht. Dazu kamen Polizeikräfte aus ganz Deutschland nach Bayern, um dort gemeinsam mit den bayerischen Kollegen die Sicherheit zu gewährleisten. Bereits am 7. und 8. Juni 2015 fand ebenfalls in Elmau der Gipfel statt. Für viele Einsatzkräfte hat es also ein Wiedersehen gegeben.



© DPoIG BW (10)



> Stellvertretender HPR-Vorsitzender auf Einladung des Bayerischen Staatsministeriums in Elmau

Im Vorfeld des Gipfels war Dirk Preis in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des HPR auf Einladung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vor dem Gipfelbeginn in Elmau und Umgebung. Zu der Veranstaltung waren alle Vorsitzenden der Hauptpersonalräte der Polizei der Länder und des Bundes eingeladen. Dabei konnte die Veranstaltung dazu genutzt werden, um sich auch mit anderen Hauptpersonalräten der Polizei auszutauschen.



Rainer Nachtigall
(HPR-Vorsitzender Bayern),

Birgit Manghofer
(HPR Bayern),

Dirk Preis
(stellvertretender
HPR-Vorsitzender BW),

Jürgen Köhnlein (HPR Bayern
und DPoIG-Landesvorsitzender)



G7: Ralf Kusterer im Gespräch mit IMK-Vorsitzendem Joachim Herrmann (Bayern)

Der direkte Austausch mit dem amtierenden IMK-Vorsitzenden gehört zum berufspolitischen Pflichtprogramm. Der bayerische Staatsminister des Innern, für Sport und Integration, Joachim Herrmann (CSU), hatte unmittelbar nach der Übernahme der Amtsgeschäfte die DPoIG-Bundesleitung zu einem Gespräch eingeladen, an dem auch der DPoIG-Landesvorsitzende und amtierende stellvertretende Bundesvorsitzende Ralf Kusterer teilgenommen hat.

Ralf Kusterer nutzte das mehrstündige Gespräch, um im

direkten Austausch mit dem bayerischen Innenminister und dem ihn begleitenden stellvertretenden Inspekteur der Polizei Bayern, Christian Huber, über den G7-Gipfel im Elmau zu sprechen. Dabei begrüßte es Kusterer ausdrücklich, dass auf Einladung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern am 20. Juni 2022 die Vertreter aller Hauptpersonalräte der Länder und des Bundes nach Elmau eingeladen und vor Ort über alle relevanten Themen informiert wurden. Das ist beispielhaft für länderübergreifende Einsätze.



> Joachim Herrmann (links) und Ralf Kusterer



Die „G7“ ist ein informelles Forum der sieben führenden Industrienationen und Demokratien Deutschland, Kanada, Frankreich, Italien, Japan, Großbritannien, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union. Die G7 ist keine internationale Organisation. Sie besitzt weder

einen eigenen Verwaltungsapparat noch eine permanente Vertretung ihrer Mitglieder. Die Präsidentschaft wechselt jährlich zwischen den Mitgliedern. Deutschland hat die Präsidentschaft in 2022 von Großbritannien (2021) übernommen und wird von Japan (2023) abgelöst.



© DPoIG BW

Schulungen für Personalratsmitglieder fortgesetzt

Auch in den Monaten Mai und Juni 2022 wurden die Schulungen für Personalratsmitglieder in Baisersbronn fortgesetzt. Dabei wurde der Hygienestandard beibehalten: wenige Teilnehmer, strenge

Tests und großer Abstand. Das Referententeam mit Jürgen Vogler, Roland Raible, Sarah Leinert, Dirk Preis und Ralf Kusterer freute sich über ausschließlich positive Rückmeldungen.



> Schulungsteilnehmer vom Kreisverband HfPol Villingen-Schwenningen



> Schulungsteilnehmer der Kreisverbände Biberach, Wertheim, Heilbronn und Konstanz



> Schulungsteilnehmer vom Kreisverband Ludwigsburg